
FDP Melsungen

GESUNDHEITSVERSORGUNG

26.10.2026

Melsungen. Die Diskussion über die zukünftige Gesundheitsversorgung im Schwalm-Eder-Kreis im Rahmen der Landratswahl zeigt aus Sicht des FDP-Stadtverbands Melsungen, dass die bereits gemeinsam vereinbarten Ziele nicht aus dem Blick geraten dürfen.

Die Melsunger Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer Resolution einstimmig für eine intersektorale Gesundheitsversorgung ausgesprochen, die ambulante und stationäre Elemente miteinander verbindet. „Dieser gemeinsame Beschluss muss weiterhin die Grundlage unseres Handelns sein. Ein rein ambulantes Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) bleibt deutlich hinter diesem Anspruch zurück“, erklärt der **FDP-Stadtverbandsvorsitzende Alexander Katzung**.

Ein MVZ allein kann stationäre Versorgungsangebote nicht ersetzen. Auch ein reines Ärztehaus wäre keine zukunftsweisende Lösung. Insbesondere die Verlagerung bestehender Arztpraxen aus der Innenstadt an den ehemaligen Krankenhausstandort würde keine zusätzliche Versorgung schaffen, sondern könnte die Melsunger Innenstadt weiter schwächen.

Der Hinweis auf eine angebliche Ablehnung eines MVZ durch die Kassenärztliche Vereinigung greift zu kurz. Über die Zulassung entscheidet ein unabhängiger Ausschuss, der paritätisch mit Vertretern der Ärzteschaft und der Krankenkassen besetzt ist. Die Kassenärztliche Vereinigung selbst verfügt dort weder über eine eigene Stimme noch über ein Vetorecht.

Aus Sicht der Freien Demokraten braucht es stattdessen moderne Versorgungsstrukturen mit ambulanten und stationären Elementen, die insbesondere für junge Ärztinnen und Ärzte attraktiv sind. Dazu gehören interdisziplinäre Zusammenarbeit, flexible Arbeitszeitmodelle sowie gemeinsam organisierte Infrastruktur und Verwaltung. Ergänzt werden sollte dies durch innovative Angebote wie Telemedizin, Kurzzeitpflege und eine

bedarfsgerechte Notfallversorgung. Solche Strukturen können helfen, neue Ärztinnen und Ärzte für Melsungen zu gewinnen und die medizinische Versorgung langfristig zu sichern.

Dabei ist auch die CDU-SPD Landesregierung gefordert. Innovative, sektorenübergreifende Versorgungsmodelle benötigen nicht nur die Unterstützung der kommunalen Ebene, sondern auch geeignete rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. „Das Land muss bereit sein, neue Wege in der Gesundheitsversorgung aktiv zu unterstützen und die Verbindung ambulanter und stationärer Angebote zu ermöglichen. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir mehr Offenheit für innovative Lösungen.“, so Katzung weiter.

„Wir sollten uns an dem orientieren, was die Stadtverordnetenversammlung gemeinsam beschlossen hat: eine innovative, sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird“ ergänzt Anfinn Kothe, stellvertretender Vorsitzender und Stadtverordneter.

Weder die Beschränkung auf ein rein ambulantes MVZ noch die Rückkehr zu alten Strukturen, in denen der Landkreis selbst Krankenhausträger war, bieten eine überzeugende Perspektive. Letzteres wäre angesichts der finanziellen Situation des Kreises zudem kaum finanzierbar. Wir brauchen innovative und wirtschaftlich tragfähige Lösungen statt einer Gesundheitsversorgung, die hinter unseren gemeinsamen Zielen zurückbleibt.